

## Hintergrundinformationen zur repräsentativen Umfrage über Nachhaltigkeit und Ordnungspolitik

### Methode

Deutschland und Österreich: Telefonische Interviews (CATI)

### Zielpersonen

Deutschland und Österreich: Personen im Alter ab 14 Jahren

### Stichprobengröße

Deutschland: n = 1003; Österreich: n = 500

### Feldzeit

Deutschland: 21. bis 23. Juli 2011; Österreich: 12. bis 21. Juli 2011

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich schwerpunktmäßig mit der Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft und einer nachhaltigen Entwicklung der Weltwirtschaft auseinander. In diesem Kontext hat sie im Juli 2011 eine repräsentative Umfrage in Deutschland und Österreich durchgeführt, in der Bürger zu Aspekten von möglichem Markt- und Regulierungsversagen auf internationaler Ebene und entsprechenden Lösungsansätzen befragt wurden.

**In beiden Ländern herrscht Einigkeit: Neun von Zehn Befragten glauben, dass die Weltwirtschaft internationale Regeln erfordert, um eine Tragik der Allmende auf globaler Ebene zu verhindern. Doch die Mehrheit ist skeptisch, dass solche Regeln verbindlich vereinbart werden.**

Von der *Tragedy of Commons* (im Deutschen oft mit "Tragik der Allmende" übersetzt) wird seit einem Artikel des Biologen Garrett Hardin in der Zeitschrift "Science" von 1968 gesprochen, wenn frei verfügbare, aber begrenzte Ressourcen nicht effizient genutzt werden und durch Übernutzung bedroht sind. Stehen in einer Welt knapper Ressourcen Güter frei, also zu einem Preis von null, zur Verfügung, so wird sich im Regelfall ein ressourcenverzehrender Aneignungswettkampf einstellen, in dem jeder versucht, seinen Gewinn kurzfristig zu maximieren und die langfristigen Kosten der Gemeinschaft aufzubürden. Es besteht aber die Gefahr, dass durch die Übernutzung letztlich jeder sowohl zum eigenen, als auch zum Ruin der Gemeinschaft beiträgt.

Heute wird Hardins Ansatz der *Tragedy of commons* vor allem mit der Übernutzung von Umweltgütern in Verbindung gebracht: Mit der Überfischung der Weltmeere, der Plünderung von Wildtierbeständen, Wäldern oder der Begehrlichkeiten an der Arktis, ferner mit der Nutzung der Atmosphäre als Senke für Luftschadstoffe oder klimaschädliches CO<sub>2</sub>. Die wachsenden Ansprüche einer steigenden Weltbevölkerung mit zunehmend konsumstarken Mittelschichten werden als wesentliche Ursache der globalen Problematik gesehen.

Um dieses Problem im Ansatz zu lösen, sprechen sich die Befragten in Deutschland und Österreich sehr deutlich für eine international abgestimmte Regulierung aus. Neun von zehn Österreichern (92%) und Deutschen (91%) schließen sich der Aussage an, „dass wir internationale Regeln brauchen, die den Verbrauch von natürlichen Ressourcen wie Tropenhölzer, Fischbestände oder den Ausstoß klimaschädlicher Gase stärker einschränken.“ Aber 79% der Österreicher und 73% der Deutschen glauben nicht, „dass es die Regierungen der Welt schaffen werden, sich innerhalb der nächsten 10 Jahre auf international verbindliche Regeln zu einigen, die die ungehemmte Nutzung von natürlichen Ressourcen einschränken und den weiteren Anstieg von CO<sub>2</sub> Emissionen stoppen.“

**Große Teile der Bevölkerung haben das Vertrauen in die Politik verloren und glauben, dass eine erneute Wirtschafts- und Finanzkrise vor der Tür steht. Sieben von 10 Befragten in Deutschland (71%) und Österreich (77%) meinen, dass die bisherigen politischen Anstrengungen für eine wirkungsvolle Regulierung das nicht verhindern können.**

Eine entscheidende Frage globaler Ordnungspolitik (Global Governance) lautet, ob die richtigen politischen Lehren aus weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrisen gezogen werden. Nach Ansicht von Experten ist es in der internationalen finanz- und wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion derzeit jedoch eine offene Frage, ob die bisher getroffenen Maßnahmen eine wirkliche Veränderung jenes globalisierten Finanz- und Wirtschaftssystems darstellen, das sich in der Krise 2007-2010 als höchst anfällig und dysfunktional erwiesen hat, oder ob sie es nur vorübergehend gerettet haben.

Die repräsentative Erhebung zu dieser Frage ist jedenfalls eindeutig. 77% der befragten Österreicher und 71% der befragten Deutschen halten die bisherigen ordnungspolitischen Anstrengungen für nicht ausreichend, um eine erneute weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise zu verhindern. Auffällig ist dabei, dass das Vertrauen in

den Erfolg der politischen Maßnahmen sowohl in Österreich, als auch in Deutschland mit höherer Schulbildung tendenziell sinkt. Dass eine erneute weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise in den nächsten 10 Jahren durch die unternommenen Anstrengungen und Regelungen für eine bessere Regulierung verhindert werden kann, glauben am ehesten diejenigen Befragten mit dem geringsten Bildungsgrad (in Österreich 16% und in Deutschland 38%) und am wenigsten diejenigen mit dem höchsten Bildungsgrad (In Österreich 12% und in Deutschland 18%).

**Die Menschen in beiden Ländern vermissen eine Ordnungspolitik, die der Realität einer globalisierten Welt gerecht wird. Sie fordern, das globale Gemeinwohl zum Maßstab politischen Handelns zu machen.**

Die Defizite globaler Ordnungspolitik sind Gegenstand wachsender Kritik. Diese richtet sich gegen strukturelle Defizite, soweit in den multilateralen Verhandlungen und Organisationen die Stimmen und Interessen der sogenannten „emerging markets“ („aufkommenden Märkte“) nicht angemessen berücksichtigt werden, ebenso wie gegen ein grundsätzliches Systemversagen: der wirtschaftspolitische Rahmen der internationalen Finanzordnung und Weltwirtschaft fördere zu sehr Einzelinteressen auf Kosten der Allgemeinheit und nachfolgenden Generationen. Insbesondere sind es nationalstaatliche Interessen, die immer wieder das Zustandekommen von globalen Abkommen erschweren, die in einem übergeordneten Interesse der Weltbevölkerung oder nachfolgender Generationen versucht werden.

Vor diesem Hintergrund wurden die Bevölkerungen in Deutschland und Österreich befragt, in wessen Namen und Interesse multilaterale Verhandlungen und internationale Ordnungspolitik erfolgen sollen. In beiden Ländern vertreten deutliche Bevölkerungsmehrheiten von 61% in Deutschland und 52% in Österreich, dass „Regierungen bei weltweiten Absprachen über die Nutzung von natürlichen Ressourcen, über die Regulierung der Finanzmärkte oder der Bekämpfung extremer Armut eher das Wohlergehen aller Menschen auf der Welt fördern sollen. Nur 36% in Deutschland und 44% in Österreich fordern, eher das Wohlergehen der Menschen im eigenen Land voran zu stellen.

**Weit über 80% der deutschen und österreichischen Befragten wünschen sich notfalls einen Alleingang Deutschlands innerhalb der Staatengemeinschaft, sollte es auf internationaler Ebene nicht gelingen, den Ausstoß klimaschädlicher Gase und den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu beschränken, sowie Finanzmärkte zu regulieren.**

Diese Frage berührt verschiedene Ereignisse der jüngsten Zeit: Einerseits die Entscheidung der Bundesregierung in Deutschland, die Katastrophe um Fukushima zum Anlass für einen nationalen Alleingang beim Ausstieg aus dem Atomstrom und zur ökologischen Energiewende zu nehmen. Andererseits die aktuelle Debatte um eine Verschärfung der EU Emissionsziele bis 2020, von derzeit 20% Senkung der Treibhausgasemissionen, Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 Prozent und Verbesserung der Energieeffizienz um 20 Prozent auf jeweils 30% unabhängig davon, ob andere Länder vergleichbare Zusagen machen.

Die Umfrage bestätigt, dass eine Politik der Nachhaltigkeit auf Unterstützung rechnen darf: 87% der befragten Deutschen und 85% der Österreicher plädieren für ein Voranschreiten ihrer Regierungen, um natürliche Ressourcen und Umwelt zu schonen, auch wenn andere Länder dazu keine Anstrengungen unternehmen.

84% in Deutschland und 88% in Österreich befürworten die Einleitung der Energiewende mit Vorbildfunktion. Schließlich befürworten auch 82% der Deutschen und 87% der Österreicher eine unilaterale Verschärfung der Bankenaufsicht in ihren Staaten.